

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019034

Absender / Institution: PETA

Themenschwerpunkt: Tierschutz

1. Tierversuche bei LPT

Medienberichte über Tierquälereien sowie über verfälschte Untersuchungsergebnisse beim „LPT Laboratory of Pharmacology and Toxicology GmbH & Co. KG“ (Geschäftssitz in Hamburg) erschütterten in den vergangenen Wochen die Öffentlichkeit.

a) Wird sich Ihre Partei konkret dafür einsetzen, dass das Unternehmen unverzüglich und dauerhaft keine Tierversuche mehr durchführen darf?

Die Bilder von dem grausamen Umgang mit Tieren im Versuchslabor der Hamburger Firma LPT machen wütend und betroffen. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen das Labor in Mienenbüttel vor den Toren Hamburgs sowie wegen Manipulationsvorwürfen am Hamburger Standort sind folgerichtig. Das Tierschutzgesetz setzt klare Standards, die bei Tierversuchen eingehalten werden müssen. Dies muss jedoch auch überprüft werden. Wir Freie Demokraten unterstützen deshalb die Forderung nach häufigeren und engmaschigeren Kontrollen. Darüber hinaus ist es notwendig, das Tierschutzgesetz an die EU-Anforderungen anzupassen und höhere Standards zu schaffen. Zudem setzen wir uns für Investitionen in die Forschung ein, damit Tierversuche auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt und perspektivisch ersetzt werden können.

2. Tierversuche am UKE

In Hamburg soll mit Steuergeldern ein neues Gebäude für die Laborhaltung von Tieren am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) gebaut werden, obwohl die Übertragbarkeit der Ergebnisse von Tierversuchen auf den Menschen und die wissenschaftliche Aussagekraft umstritten sind.

a) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die vom Land dafür bereit gestellten Mittel in Höhe von 32 Millionen Euro ausschließlich in die Entwicklung von innovativen tierfreien Testmethoden investiert werden?

Wir setzen uns für Investitionen in die Forschung ein, damit Tierversuche perspektivisch ersetzt werden können und bis dahin auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt werden. Wir erkennen an, dass Tierversuche für die Forschung und Entwicklung wichtige Erkenntnisse liefern und derzeit unerlässlich sind. Die Behörden müssen Labore regelmäßig und auch unangekündigt überprüfen und diese bei Nichteinhaltung der Vorgaben konsequent schließen.

3. Tierversuche/Tierverbrauch in der Lehre

Auch im Rahmen der Lehre an Universitäten, insbesondere für Sezierkurse, werden viele tausend Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten in Deutschland bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass Tiere dafür getötet werden. Die Bremer Landesregierung

vereinbarte 2019 in ihrer Koalitionsvereinbarung, dass sie „Tierversuch in der Lehre beenden und durch Alternativmethoden ersetzen“ werde.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Tierversuch für die Lehre in den Hamburger Bildungseinrichtungen beendet und durch moderne Methoden ersetzt wird?

Wir wollen die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen voranbringen und jene nur im Falle der absoluten Notwendigkeit in allen Bereichen der Wissenschaft verwendet werden. Wir setzen uns für Methoden ein, die Tierversuche verlässlich und gleichwertig ersetzen. Ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen lehnen wir ab, da insbesondere bei der Erforschung von Therapiemöglichkeiten für schwerste Erkrankungen Tierversuche oftmals unerlässlich sind. Solange in diesem Bereich keine gleichwertige Ersatzmethode vorliegt, sind Tierversuche, die zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden, nach liberalem Verständnis legitim. Wissenschaftler und forschende Unternehmen haben ebenfalls ein großes Interesse, dass tierversuchsfreie Methoden ausgereift werden – gerade, weil die Auflagen für Tierversuche hoch sind und ein Forschungshemmnis darstellen können. Wir wollen deshalb bei der Erforschung tierversuchsfreier Forschungsmöglichkeiten die Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken, damit die entwickelten Methoden auch zügig in der Praxis umgesetzt werden können.

4. Tierschutzkontrollen bei Agrarbetrieben

Eine Antwort der Bundesregierung vom 3.7.2018 (BT-DS 19/3195) ergab, dass die 467 tierhaltenden Agrarbetriebe in Hamburg im Durchschnitt alle 7,3 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

a) Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre sowie eine entsprechende Ausstattung der Behörden?

Wir kennen die Problematik um die unregelmäßigen Kontrollen – diese Anfrage wurde von der FDP-Bundestagsfraktion gestellt. Die Veterinäre der Ämter sind im Moment voll ausgelastet und es fehlen viele Stellen an Veterinärärzten. Eine wesentlich höhere Kontrolldichte wäre wünschenswert, ist aber mit dem derzeitigen Personalstand nicht zu leisten. Es ist eine höhere Kontrolldichte anzustreben – mit der gegenwärtigen Personalausstattung ist dies allerdings nicht möglich.

5. Landesjagdgesetz Hamburg

Einige der gemäß Hamburgs Landesjagdgesetz erlaubten Jagdpraktiken sowie die weitgefasste Liste der jagdbaren Arten sind aus Sicht des Tierschutzes hochproblematisch. So stehen beispielsweise Totschlagfallen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie die Tiere teilweise nicht sofort zu töten. In fünf Bundesländern ist die Jagd mit Totschlagfallen bereits verboten. In Hamburg töteten Jäger im vergangenen Jagdjahr zudem über 300 Füchse. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Gründe oder ein „vernünftiger Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes sind für die Tötungen nicht ersichtlich. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd für zunächst ein Jahr ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und Bestand hat.

a) Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes einsetzen, die die Aspekte des Tierschutzes und der Ökologie berücksichtigt?

Für uns Freie Demokraten ist Jagd verlässlicher Natur- und Tierschutz. Die Jägerinnen und Jäger in Hamburg sind seit Jahrzehnten der Garant für artenreiche und vitale Bestände wildlebender Tiere. Mit ihnen gemeinsam setzen wir uns für den Natur- und Tierschutz zum Wohle des Wildes, des Waldes und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen ein.

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Beutegreifer wie Füchse nicht mehr ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Nichtbejagung einen Rückgang des Niederwildbestands zur Folge haben kann. Außerdem haben größere Fuchspopulationen oft Krankheiten wie z.B. Räude. Dies ist auch auf Hunde übertragbar. Ein natürliches Zurückgehen des Fuchsbestandes lässt sich seit der Ausrottung der Wildtollwut nicht mehr beobachten, was sich schädlich auf die Niederwildbestände auswirkt. Die Möglichkeit zur Fuchsjagd muss bestehen bleiben, damit eine gesunde Populationsgröße erhalten werden kann.

c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, Totschlagfallen zu verbieten?

Wir stehen nicht für eine Verbotspolitik, wir vertrauen darauf, dass während der Jagdausbildung die verantwortungsvolle Nutzung aller Jagdmethoden gelehrt wurde. Demnach wissen Jäger um die Gefahren sowie Vor- und Nachteile der jeweiligen Fallenart. Es soll dem Jäger freistehen, welche Jagdart und Jagdmaßnahme er in seinem Revier für die angemessene und praktikable hält.

6. Wildtiere im Zirkus

Durch Flächenumwidmungen haben in jüngster Vergangenheit Städte wie Berlin und Trier die Vermietung von bestimmten kommunalen Flächen an Zirkusbetriebe, die Wildtiere wie Tiger, Löwen oder Elefanten zur Schau stellen, ausgeschlossen. Diese Praxis ist bereits in zweiter Instanz gerichtlich bestätigt (OVG Berlin-Brandenburg Az. 1 S 73.19 v. 4.11.2019).

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Hamburg konkrete behördliche Vorgaben erarbeitet werden, wonach keine öffentlichen Flächen mehr an Zirkusbetriebe, die Wildtiere mitführen, vergeben werden?

Wir wollen in Hamburg ordnungsrechtliche Möglichkeiten für die Vermeidung von Tierleid in Zirkussen nutzen. Zudem lehnen wir die Haltung nicht-domestizierter Säugetiere in Zirkussen ab.

7. Angel-AGs und Fischereilehrgänge an Schulen

Im Bundesland Hamburg bieten manche Schulen oder Jugendeinrichtungen Angeln für Kinder und Jugendliche an, zum Beispiel als Fischereilehrgang oder als Ferien-Aktivität. Mit solchen Angeboten werden Kinder und Jugendliche an das Töten von empfindungsfähigen Wirbeltieren herangeführt.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Hamburg keine Angelkurse oder Angelausflüge für Kinder und Jugendliche durch öffentliche Einrichtungen mehr angeboten werden?

Für uns Freie Demokraten ist die Sportfischerei wie auch die Jagd aktiver Naturschutz und führt die Jugend zielgerichtet an das Miteinander von Mensch und Tier heran. Die Angelvereine in

Deutschland leisten mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement einen wesentlichen Beitrag zur Renaturierung der heimischen Gewässer und vermitteln im Rahmen der Ausbildung zur Erlangung des Fischereischeines vielfältiges Wissen über Biologie und Ökologie der heimischen Fischarten und deren begleitende Umwelt. Daher werden wir Freie Demokraten Angelvereine nicht daran hindern, ihr Wissen an die jüngeren Generationen weiterzugeben. Aus vielerlei Gründen ist es heute immer noch notwendig, einerseits durch zielgerichtete Besatzmaßnahmen, aber auch andererseits durch gezielte Entnahme von Raub- und Friedfischen – sprich Angeln – in den Gewässern einen sich selbst reproduzierenden und vielfältigen Fischbestand zu erhalten.

8. Sachkundenachweis für Hundehalter

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

Wir haben Respekt vor allen Lebewesen und Haus-, Nutz- und Wildtiere verdienen unseren Schutz. Rasselisten für Hunde wollen wir abschaffen, denn die Gefährlichkeit eines Hundes hängt nicht von seiner Rasse, sondern von seinem Halter und dem Wesen des Hundes ab. Deswegen setzen wir stattdessen auf eine stärkere Überprüfung von Haltern.

Wir geben allerdings zu bedenken, dass die Einführung eines verpflichtenden „Hundeführerscheins“ einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen wird, um die Einhaltung der Pflicht auch gewährleisten und kontrollieren zu können. Das garantiert noch nicht, dass der illegale Handel mit Hunden automatisch eingedämmt wird. Wir halten hier eine Diskussion über mögliche steuerliche Anreize (z.B. Reduzierung der Hundesteuer bei vorliegendem Sachkundezeugnis) für zielführender.

9. Umwelt/Gesundheit: Vegane Angebote in öffentlichen Kantinen

Neben der Tierschutzproblematik ist die landwirtschaftliche Tierhaltung mit mindestens 14,5 Prozent aller Treibhausgasemissionen auch einer der Hauptverursacher des Klimawandels – noch vor dem gesamten Transportsektor. Der hohe Konsum tierischer Produkte wird Studien zufolge zudem mit zahlreichen Erkrankungen in Verbindung gebracht.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in öffentlichen/kommunalen Kantinen und Einrichtungen täglich zumindest eine vegane Speiseoption angeboten wird?

Wir Freie Demokraten lehnen eine einschränkende Beeinflussung des Verbraucherverhaltens durch den Staat strikt ab. Wir betrachten allerdings die Information über gesundheitliche Folgen übermäßigen Fleischkonsums und eine unter Gesichtspunkten der Ökologie und der Ökonomie ehrliche Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über moderne landwirtschaftliche Lebensmittelerzeugung als wichtigen Bestandteil des öffentlichen Bildungsauftrags. Der Fleischkonsum ist in den vergangenen Jahren in Deutschland mit regionalen Unterschieden weiter rückläufig. Wir führen diesen Trend nicht zuletzt auf ein steigendes Bewusstsein im Umgang mit Lebensmitteln und eine zunehmende Ernährungsbildung zurück.

b) Plant Ihre Partei weitere Maßnahmen, um den hohen Konsum tierischer Nahrungsmittel zu begrenzen (etwa durch Ernährungsbildung an Schulen oder Ähnliches)?

Umweltbewusstsein soll bereits in Kitas und Schulen vermittelt werden. Dementsprechend wollen wir Hamburger Schulen auf dem Weg zur Umweltschule unterstützen. Dazu gehört unter anderem die Förderung von Kampagnen zu saisonalem, regionalem und biologischem Essen in den Schulkantinen und Cafeterien von Kitas und Schulen. Wir möchten an allen Schulen ein ernährungsphysiologisch hochwertiges Schulessen mit einer sozialverträglichen Preisgestaltung einführen, zudem sollen die Schüler eine Wahlfreiheit in Bezug auf eine fleischfreie Ernährung bekommen.

10. Textilkennzeichnung

Stichproben ergaben, dass im Einzelhandel häufig Echtpelzbekleidung ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Hinweis „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ verkauft und Kunden damit fehlinformiert werden.

a) Wird sich Ihre Partei – etwa in Form von zusätzlichen Kontrollen – dafür einsetzen, die Durchsetzung des Textilkennzeichnungsgesetzes, das bereits seit dem 24.02.2016 in Kraft ist, in Hamburg zu verbessern?

Die Vielzahl an Produkten, die heute aufgrund des freien Warenhandels im Einzelhandel vor Ort oder im Internet angeboten werden, stellt den Verbraucherschutz nicht nur in dieser Fragestellung vor große Herausforderungen. Wir Freie Demokraten unterstützen den Ansatz, dem Einzelhandel Anreize zu setzen, entsprechende Audits bei Zulieferern durchzuführen und Verbraucherinnen und Verbraucher transparent zu informieren. Wir wollen uns aber vor allem dafür einsetzen, dass bestehende Gesetze durchgesetzt und deren Einhaltung kontrolliert werden können. Dafür müssen die Hamburger Behörden mit ausreichend Personal und Sachmitteln ausgestattet werden.